

Dieser Artikel ist die Überarbeitung eines Vortrags, den der Autor am 14.12.94 an der Uni Göttingen hielt.

Er dient dazu, das staatliche "Spar"programm auf allgemeiner Ebene (also nicht nur auf die Universitäten bezogen) theoretisch zu durchleuchten, die Kriterien bundesdeutscher Finanzpolitik auszumachen – und zu kritisieren.

Der Autor des Artikels ist Mitglied der Redaktion der politischen Vierteljahresschrift "GEGENSTANDPUNKT".

Redaktionsanschrift:

GEGENSTANDPUNKT Verlagsgesellschaft mbH

Türkenstr. 57

80799 München

## "Der Staat spart!"

### Die offizielle Ideologie zur Politik des Sozialabbaus und der Austrocknung der Universitäten.

Ich möchte nicht einstimmen in den Chor derer, die jetzt darüber Klage führen, wie schlecht Vater Staat mit seinen Universitäten und seinem akademischen Nachwuchs umgeht. Das tun, berufsmäßig möchte mensch sagen, die InteressenvertreterInnen. Für solches Klagen und Protestieren gibt es sie ja. Wenn in der Demokratie ein Interesse geschädigt wird, meldet es sich zu Wort: "Ich bin geschädigt worden, das geht nicht in Ordnung." Übergangene Interessen können zumeist auch ein Argument für sich anführen und begründen, warum die Staatsregierung ihre (Fehl)-entscheidung rückgängig machen soll. Das Argument besteht in der Behauptung, die Herrschenden würden damit ihre Amtspflichten verletzen und nicht nur die Studierenden, sondern vor allem den Staat selbst, das Gemeinwesen schädigen, wenn sie an den Studierenden sparen. Das ist nichts Gruppenspezifisches: wenn an den Bäuerinnen und Bauern gespart wird, sagen die: "Aber frische Eier wollen doch alle, und dann ist es doch ungut, wenn nur Großbetriebe überleben!" Wenn an den Studierenden gespart wird, protestieren diese: "Wir brauchen ordentlich ausgestattete Bibliotheken, weniger volle Seminare, mehr BAFöG, damit wir unsere Studierpflichten zügig und gut erfüllen können. Die Gesellschaft braucht doch gute LehrerInnen, ÄrztInnen, IngenieurInnen!" Das geht so weit, daß gesagt wird, im Namen des Standorts Deutschland dürfe an der Zukunftsressource Qualifikation nicht gespart werden.

Es fragt sich bei solchen Protesten, ob mensch sie mehr für Heuchelei oder mehr für untertänige Treuebeweise halten soll. Heuchelei, weil das gerade geschädigte Sonderinteresse beteuert, sein Einspruch verdanke sich nicht dem Egoismus dieses Interesses: "Es ist doch nicht wegen mir! Es ist wegen des großen Ganzen!" Nicht wegen der Lehramtsstudierenden, sondern damit gute Lehrerinnen und Lehrer herauskommen. Nicht wegen der Studierenden der Medizin, sondern damit dann gute Ärztinnen und Ärzte herauskommen. Nicht wegen der Bäuerinnen und Bauern, sondern damit es immer frische Eier gibt. Das ist Heuchelei. Jeder vertritt sein Interesse, aber keiner sagt: "Ich will das. Punctum!"

Die zweite Seite desselben ist der Treuebeweis: Wer im Fall seiner Schädigung ernsthaft eine behördliche Amtspflichtverletzung anklagt, kann sich offenbar gar nicht vorstellen, daß die *nationalen* Anliegen mit den eigenen nicht übereingehen könnten; daß die Ziele und Prioritäten, die *Deutschland* hat, wenn es seinen Haushalt plant, mit den Anliegen der Studierenden einfach nicht zusammenpassen könnten. Nie kommt es in der Demokratie zu dem ehrlichen Konflikt: "Wir wollen", sagen wir, "gemütlich studieren, das eine oder andere Semester dranhängen – ist ja auch Lebensqualität – und der Staat will uns durchpeitschen", "Wir wollen dies, und die Nation verlangt von uns das Gegenteil!" Interessensgegensätze kommen stets in der verlogenen Form daher, daß für eine gute, anerkannte, allgemeine Sache eingetreten wird, die doch niemand schädigen kann, und wenn die Bundes- oder Landesregierung es doch tut, dann schädigt sie zuallererst sich selbst. So werden in Wahrheit Gegensätze der Interessen geleugnet: Es darf sie eigentlich gar nicht geben – und wenn doch, muß ein Irrtum vorliegen.

Ich gehe an das Thema ganz anders heran. Ich werde in einem großen Bogen erst einmal die Kriterien der bundesdeutschen Finanzpolitik – Haushalt, Steuern, Staatskredit – erkunden und erst dann zu den Universitäten als einen Ausgabeposten unter vielen zurückkommen. Erst wenn mensch die in den Staatsfinanzen ausgedrückten Staatsziele kennt, kann beurteilt werden, ob bei den massiven Kürzungen der Uni-Finanzierung Inkompetenz und Irrtum am Werk sind, oder ob ein Staatszweck vorliegt, der noch nicht einmal den Studierenden, dem Nachwuchs der Staats- und Wirtschaftselite, gut bekommt. Derselbe Standpunkt des "Sparens" regiert ja nicht nur in Bezug auf die Universitäten sondern ebenso auf die allgemeinen Krankenkosten, die Renten, die Sozialhilfe, die geplante zeitliche Begrenzung der Arbeitslosenhilfe usw.

## Von wegen "Sparen": Der Umbau des Steuerstaats

Schon die oberflächlichste Betrachtung des Staatshaushalts zeigt, daß das "Sparen", das unausweichlich geworden sein soll, ein ganz unpassender Ausdruck ist für das, was Waigel und Co. machen. In Bonn wurde kürzlich der Haushalt 1995 behandelt. Der Finanzminister nennt ihn einen "Sparhaushalt" – und zwar deshalb, weil die Neuverschuldung, also die Vermehrung der Staatsschulden, 1995 "nur" um 55 Milliarden wachsen soll. Über die Schulden, die Bund und Länder schon haben, redet sowieso keiner.

Also, die Schulden absolut sind nicht die Frage. Daß sie immer mehr werden, ist völlig klar. Sparen in *dem* Sinn, daß der Finanzminister die Ausgaben den Einnahmen anpaßt, weil nichts anderes zur Verfügung steht; daß er die Schuldenmacherei beenden oder gar die vorhandenen Schulden zurückführen würde, davon kann nicht die Rede sein. Anders als der Normalmensch ist der Staat offenbar nicht gezwungen, mit den Einnahmen auszukommen und sich beim Ausgeben zu beschränken, wenn es weiter nicht langt.

Deswegen hier ein bißchen Ökonomie des Steuerstaats: Der Staat ist kein ökonomisches Subjekt wie die berühmten Haushalte der Volkswirtschaftslehre. Er ist bei seinen Ausgaben nicht den faktischen laufenden Einnahmen unterworfen. Er tätigt Ausgaben, die er für nötig hält, und *beschließt* im Parlament dafür die Einnahmen. Wenn das Geld nicht reicht, muß mehr her! Das ist ein guter Standpunkt, den sich außer dem Staat niemand in der Gesellschaft leisten kann. Der Staat kann. Wenn ihm das Geld nicht reicht, erhöht er die Steuern.

Ab 1.1.95 wurden unter dem Titel "Solidaritätszuschlag" wieder 10% auf die Einkommenssteuer draufgeschlagen; mit der Pflegeversicherung wurde eine völlig neue Kasse geschaffen, mit der Geld eingetrieben wird und die überhaupt nur erfunden wurde, um neu und vermehrt Geld einzutreiben. Denn die Leistungen der Pflegeversicherungen sind früher teils der Krankenkasse, teils der Sozialhilfe anheimgefallen und von diesen Institutionen auch schon irgendwie aufgebracht worden. Wenn jetzt gesagt wird: "Ja, der Mensch im Alter braucht Pflege, deshalb braucht das soziale Sicherungssystem eine vierte Säule", dann ist die Lüge daran, daß es die Leistungen, die angeblich neu ermöglicht werden sollen, gestern auch schon gegeben hat. Und daß sie besser werden sollen, behauptet nun wirklich niemand. Es sollen lediglich die kommunalen Kassen, aus denen die Sozialhilfe bezahlt wird und die Krankenkassen entlastet werden. Das waren nur die jüngsten Beispiele für das stetig wachsende Abkassieren des Staates per Steuern und Beiträge für die Sozialkassen; die Liste ließe sich beliebig verlängern: Steuer auf Benzin, Rentenversicherungsbeiträge, usw.

Der Staat ist die politische *Hoheit* über die Gesellschaft von Privateigentümern. Alle anderen müssen sich das Geld *verdienen*. Mit Kapital, wenn sie welches haben, mit Arbeit, wenn sie keines haben. Der Staat *holt es sich*, das ist ein ganz anderes Verhältnis: Steuern sind kein *Tausch*. Wer Steuern zahlt, hat kein Anrecht auf eine Gegenleistung erworben. Ganz anders als wenn jemand eine Ware kauft oder einen Versicherungsvertrag abschließt. Der Staat *holt* sich das Geld bei den BürgerInnen und dann gehört's ihm. Er holt es sich nach eigenem *Beschluß* – und er beschließt selbst, wieviel er braucht.

Jetzt gibt es aber eine Schranke der Besteuerung, nämlich die Brauchbarkeit der Steuerquelle selber. Der bürgerliche Staat ist die politische Hoheit einer Gesellschaft, in der lauter private Geschäfte gemacht werden; er verwaltet, organisiert diese Geschäfte und ist interessiert an ihrem Erfolg. Mit der Besteuerung aber *belastet* er genau diese Geschäftstätigkeit.

Weil sie sich mit den Grenzen der Besteuerung befassen, sticht den Staatsleuten ein charakteristischer Unterschied zwischen den Bürgern, d. h. den Steuerquellen ins Auge: Die Besteuerung des *Konsums* der normalen Menschen ist eine in weiten Bereichen variable Größe. Da kann mensch sagen: "Sollen sich die Leute halt mal den Urlaub oder sonst etwas abschminken und 10 Prozent mehr für den Staat abdrücken." Das geht, und es hat weiter keine Konsequenzen, wenn die Leute es mit sich machen lassen – und sich nicht z. B. mit Lohnkämpfen wehren.

Ganz anders verhält es sich mit den UnternehmerInnen. Sie *rechnen*. Wenn da 10 Prozent abgezogen werden, lohnt sich das eine oder andere Geschäft nicht mehr. Dann unterbleiben die geplanten Investition und die Steuerquelle versiegt. In der heutigen, weltweit offenen Ökonomie haben die Unternehmer die freie Auswahl aus einem Kosmos von Staaten, die sich ihnen alle anbieten: "Bei mir sollst du dein gutes Geld anlegen, ich richte das Land auch ganz nach deinen Wünschen ein!" Die UnternehmerInnen können sagen: "Wenn ich hier mehr Steuern bezahlen muß als in einem vergleichbaren anderen Anlageland, sind meine Gewinne schlechter. Also gehe ich weg." Die Steuerpolitik stellt sich dem Widerspruch, daß der Staat gerade den Geschäftsleuten, für die doch er Funktionen erfüllt und deren Erfolg er will, Geld wegnimmt und damit ihren Erfolg schmälert.

Seit vielen Jahren schon kann eine Reform der Besteuerung beobachtet werden, die das Hauptgewicht der Staatseinkünfte umschichtet: Weg von der Kapitalbesteuerung hin zur Besteuerung des Konsums, weg von der direkten Besteuerung hin zur indirekten Steuer. Indirekte Steuern sind diejenigen, die am Schluß immer die KonsumentInnen bezahlen. Die Mehrwertsteuer müssen zwar alle entrichten, die einer Ware irgendeinen Wertzuwachs zufügen; aber sie schlagen diese Steuer auf den Verkaufspreis ihrer Waren wieder drauf und weisen dies sogar aus

(Mehrwertsteuer). So wälzen alle, die etwas zu verkaufen haben, die Steuer auf die KäuferInnen über und erst der/die letzte KäuferIn bezahlt die Mehrwertsteuer wirklich – und zwar die ganze. Für alle anderen war sie ein durchlaufender Posten. Die Einführung und mehrfache Höhergewichtung der Mehrwertsteuer gegenüber den direkten Steuern ist so ein Element besagter Umgruppierung.

Was macht der Staat nun mit den Steuern? Er gibt sie aus nach Maßgabe der Aufgaben, die er sich setzt. Das sind zwar viele, sie folgen aber einem einfachen Prinzip:

Erstmal braucht der Staat Geld für sich selbst, seinen Apparat und seine Verwaltung.

Zweitens für den Dienst, den er mit seiner Gewalt – mit Justiz, Polizei und Gefängnissen – der Gesellschaft leistet. Er schafft und schützt bleibend die Eigentumsordnung, er sichert denen, die Eigentum haben, daß andere sich daran nicht vergreifen dürfen, und diejenigen, die nichts besitzen, trennt er von Grund und Boden und den anderen Reichtümern dieser Welt. Mit seinem Gewaltmonopol garantiert der Staat die Produktivität dieses gesellschaftlichen Verhältnisses, in dem die Habenichtse und die Reichen so wunderbar auf einander angewiesen sind – die einen brauchen die Produktionsmittel, die die anderen besitzen, um sich ihren Lebensunterhalt verdienen zu können, die anderen brauchen die einen, weil ohne deren Arbeit ihr Vermögen nicht von selbst größer wird. Für Streitfälle, die dieses schöne Verhältnis reichlich hervorbringt, stiftet der Staat Rechtssicherheit. Er unterwirft jede Aktion der BürgerInnen dem Recht, an dem sie geprüft wird, und vollstreckt seine Regeln an denjenigen, die einen Rechtsbruch begehen. Das kostet jede Menge Geld.

Drittens unterhält der Staat ein Militär – der zweitgrößte Haushaltsposten. Er sichert sein Gewaltmonopol und seine Souveränität im Innern dadurch, daß er bewaffnete Privatmacht nicht aufkommen läßt und den Einfluß fremder Staatsmacht mit Gewalt oder Gewaltandrohung von den Grenzen fernhält. Natürlich wissen wir, daß die besseren Staaten, wie der unsere, sich mit einer so bescheidenen Aufgabe für ihre Wehrmacht, wie die Grenzbewachung, nicht begnügen, sondern in der weiten Welt jede Menge zu verteidigen haben. Das muß natürlich bezahlt werden.

Viertens gibt die politische Hoheit einiges aus zur *Herstellung* der Verhältnisse, in denen die Geschäfte gedeihen. Das mag ein bißchen zirkulär klingen – ist aber im Resultat nur der Beweis für das, was Systemkritiker einmal den kapitalistischen Klassenstaat genannt haben: Der Staat dient Geschäften der privaten UnternehmerInnen und macht sich von ihrem Erfolg abhängig. Er pflegt und fördert seine Steuerquellen durch die Verausgabung des Geldes, das er eintreibt. Er errichtet auf Staatskosten die Infrastruktur, stellt Telekommunikation und eine stabile Energieversorgung zur Verfügung; und wenn es nicht von selbst geht – und zu Anfang nach dem 2. Weltkrieg ging in Deutschland so leicht gar nichts von selbst –, dann sorgt er dafür, daß es Stahl und Kohle gibt, und sonst alles, was die allgemeinen Bedingungen für profitable Geschäfte sind. Im Rahmen dessen sorgt er auch dafür, daß das Volk brauchbar ist und brauchbar gemacht wird. Um für den Bedarf der UnternehmerInnen zur Verfügung zu stehen, muß das Volk erstens in einem gewissen Maß gesund, zweitens ausgebildet sein und drittens überhaupt irgendwie leben; denn keineswegs alle können von der Bezahlung leben, die ihnen lohnende Dienste in der Wirtschaft einbringen – nicht die Alten, die Kranken, und diejenigen, für die gerade kein Bedarf besteht.

Allein die Eigenschaft, daß ein Volk intakt, also im engeren Sinn arbeitsfähig und *brauchbar* ist, ist eine hergestellte Sache; darunter fällt auch die Kategorie “Volksgesundheit”. Wenn mensch in die dritte Welt geht und dort die Leute sieht, kann mensch gar nicht sagen, ob die krank sind oder nicht, die sind einfach physisch nicht in Schuß. Zufallskrankheiten entscheiden da alles: hat jemand sich einmal das Bein gebrochen, dann ist er/sie ein Leben lang verkrüppelt, nicht mehr voll funktionsfähig.

In diesen Bereich der Staatstätigkeit gehört auch das Bildungswesen; zunächst einmal die Elementarbildung: Schreiben, Lesen und Rechnen müssen grob beherrscht werden, weit bringen es die Haupt- und weiterbildenden Schulen damit ja bekanntlich nicht. Dann werden die jeweils gültigen Kulturtechniken vermittelt, die für ein normales Berufsleben gebraucht werden, also heute der Umgang mit dem Computer, aber auch die Bedienung eines Geld- und Fahrscheinautomaten. Der Staat verwendet eingetriebene Steuergelder auf das Gesundheits- und Bildungswesen nicht aus Menschenfreundlichkeit, sondern weil das Volk *gebraucht* wird. Das Argument ist wichtig, denn später komme ich zu einer neueren Änderung der Lage, die alle sozialstaatlichen Rechnungen über den Haufen wirft: heute werden nicht mehr so viele gebraucht.

Alle Staatsausgaben lassen sich zusammenfassen unter dem zentralen Gedanken: der Staat gibt Geld zur Förderung seiner Steuerquellen aus. Er tut etwas dafür, daß die Geschäfte gehen. Er tut etwas dafür nach der Seite der Rechtsordnung, nach der Seite von Infrastruktur und materiellen Geschäftsbedingungen und nach der Seite der Pflege des Volkes, dem lebendigen Geschäftsmittel.

Weil der Staat seine Steuerquellen herstellt, macht er sich auch nicht davon abhängig, ob sie *schon da sind*, wenn er sie fördert. Die kapitalistischen Konkurrenznationen von heute wären nicht weit gekommen, wenn sie den Aufbau ihrer Nationalökonomien und die Herstellung internationaler Konkurrenzfähigkeit von der Finanzkraft abhängig gemacht hätten, die sie aus Steuern auf vorhergehende Geschäftstätigkeit angesammelt hatten. Das wäre ein so

langer Weg gewesen, daß ihn seit dem späten Mittelalter kein Staat, der anders konnte, mehr gegangen ist. Die Staaten haben nämlich eine weitere Geldquelle entdeckt und angezapft: die Staatsschuld.

## Die Staatsverschuldung und ihre Konsequenzen

Ehe wir zu den Eigentümlichkeiten des Staatskredits kommen, will ich einige Bemerkungen zum Kredit im allgemeinen machen: Ein Kredit liegt vor, wenn jemand, der/die Geld besitzt, dies jemand anderes auf Zeit überläßt und dafür Zins nimmt. Der berühmte Dr. Martin Luther dazu gesagt: "Kredit ist Wucher!" Ihm kam diese Form der Bereicherung auf Kosten derer, die kein Geld haben, als eine ungeheure Ungerechtigkeit vor. Denn die Bedürftigen, die nichts haben und etwas brauchen, zahlen für die Ware ihres Bedarfs nicht nur ihren Preis, sondern mehr als den Preis, nämlich den Zins obendrauf, wenn sie Kredit nehmen. Die abstrakteste Formel des Kapitalismus: aus Geld wird automatisch mehr Geld, Eigentum ist die Garantie, daß es immer größer wird –, diese heutigen Selbstverständlichkeiten kamen den vorkapitalistischen Denkern überhaupt nicht selbstverständlich und vernünftig vor. Später haben Christenmenschen wie Moslems lernen müssen, daß auch der Kredit eine vor Gott gerechte Sache ist.

Später hat Marx dasselbe nochmal gesagt, aber anders: "Kredit ist immer dann Wucher, wenn er nicht an KapitalistInnen vergeben wird." Denn wenn ein Unternehmen Kredit nimmt, damit eine Investition tätigt und mit der Investition Gewinn macht, dann muß es den Gewinn mit dem/der GeldbesitzerIn, der/die den Kredit gegeben hat, teilen. Ein Teil davon muß als Zins weggezahlt werden, ein Teil aber bleibt beim Unternehmen. Das Unternehmen hat sich damit etwas Gutes getan. Es hat mit Kapital, das es nicht hatte, einen Gewinn gemacht, den es hat. Wenn ein Unternehmen Kredit nimmt, wird es reicher; alle SchuldnerInnen, die einen Kredit zum Zwecke des Konsums aufnehmen, werden darüber ärmer.

Der Staat ist ein Kreditnehmer der ganz anderen Art, er paßt in keine der beiden Kategorien. Zunächst ist er definitiv kein Unternehmer. Wenn er also Kredit nimmt, dann vermehrt er damit den Reichtum nicht. Er zieht ihn ab. Er nimmt eine Milliarde auf und kauft sich dafür 10 Kilometer Autobahn, einen Gesamtschulkomplex oder 10 Panzer. Das mögen Dinge sein, die einen vom Staat gewünschten Nutzeffekt erzeugen – das dafür ausgegebene Geld aber vermehren sie nicht. Was ist ökonomisch passiert? Der Staat hat eine Milliarde, die er nicht hatte, als Kredit in die Landschaft gesetzt, aufgenommen. Er hat versprochen: das Geld würde mehr. Aber anders als beim Unternehmer wird das Geld durch seine Tat nicht mehr. Das steht dann z. B. in den Panzern herum; entweder warten sie auf Krieg, oder es ist gerade einer. Wenn sie schießen, vernichten sie den Feind, aber sie reproduzieren weder jemals ihren Einkaufspreis noch einen darüber hinausgehenden Gewinn. Das Versprechen, die Schulden würden mit Zinsen zurückgezahlt, hat der Staat aber schon gegeben und er hält es ein. Die Bank, die ihm die Milliarde gegeben hat, erhält die vereinbarten Zinsen samt Tilgung. Der Staat *behauptet*, die von ihm aufgenommenen Schulden seien Kapital, aber sie sind es nicht. Stattdessen findet ein staatlicher Konsum, Verzehr, Vernichtung von Reichtum statt. Zins und Tilgung werden nicht aus dem Rückfluß der Investition und dem gemachten Gewinn bestritten, sondern aus zukünftigen Steuern oder mit neuen Schulden.

Die zweite Eigentümlichkeit des staatlichen Kreditnehmers betrifft die "Sicherheiten": Wenn unsereiner auf die Bank geht und Kredit will, gewährt sie diesen gerne, das ist ja ihr Geschäft, aber sie verlangt eine Garantie dafür, daß die Schulden auch zurückgezahlt werden, bzw. werden können. Der "kleine Mann" muß ein regelmäßiges Einkommen nachweisen und für den Fall, daß er bei der Tilgung in Rückstand kommt, von vornherein einer Gehaltspfändung zustimmen. Bei größeren Krediten muß ein Grundstück oder so ähnliches als Sicherheit herhalten. Der staatliche Kredit dagegen ist ein Kredit ohne Sicherheiten. Warum bekommt der Staat, der das geliehene Geld gar nicht vermehrt, überhaupt Kredit? Und das in gigantischem Umfang ... 2000 Milliarden. Die Antwort ist: weil der Staat der Herr des Geldes ist. Er macht es und setzt es in Umlauf. Seine *Gewalt*, seine *Hoheit* ist die Sicherheit. Er hat die Bundesbank geschaffen, sie kann in der allergrößten Not Geld einfach *drucken* und dem Staat geben. Daß er also als ökonomisches Subjekt über der Ökonomie steht, daß er das Geld nicht *verdient*, sondern *schafft*, das ist die Sicherheit, die er bietet. Und die ist keine Fiktion: Ein Staat ist in einer Gesellschaft immer das *letzte* Subjekt, das noch zahlen kann, wenn sonst keiner mehr zahlen kann.

Diese ökonomische Freiheit der Politik, die über der Ökonomie steht, hat freilich Konsequenzen. In der politischen Debatte gilt die Staatsschuld als eine Finanzierung von Staatstätigkeit, die einen *Vorteil* gegenüber der Steuer hat; es heißt, sie belaste die Steuerquellen, die Geschäfte der Unternehmer und die Löhne nicht. Ihr Nachteil bestehe darin, daß sie die Belastung in die Zukunft, auf "unsere Kinder" verschiebe.

Das ist unwahr. Wenn sich der Staat durch das Auflegen von Schulden Mittel verschafft und materiellen Reichtum an sich zieht; wenn er sich die Ergebnisse ganzer Industrien aneignet, dann zieht er Reichtum aus der Gesellschaft *ab*. Wenn es heißt, das schädige niemanden, dann ist das nicht die Wahrheit: Tatsächlich schädigt das Verfahren nicht jemand *bestimmtes*, sondern gleich alle GeldbesitzerInnen. Die Steuer war schon eine Form der

Enteignung: den Bürgersleut wird nach nach bestimmten Regeln Geld weggenommen. Die Staatschuld ist eine andere Form der Enteignung: der Staat verschafft sich mit politischer Hoheit Kaufkraft und geht damit einkaufen. Seine Kaufkraft ist selbst nicht verdient worden, d. h. nicht Resultat von Verkäufen. Die Privaten ziehen Geld nur dadurch an sich, daß sie etwas verkaufen; ihr Geld ist realisierte Ware, ihm steht materieller Reichtum gegenüber. Der Staat dagegen schöpft Kaufkraft, ohne den Reichtum vermehrt zu haben; er *vermindert* ihn vielmehr in dem Maße, in dem er kauft. Das macht sich darin geltend, daß Leute, die was zu verkaufen haben, entdecken, daß es leicht ist, Preise zu erhöhen. Inflation ist nichts anderes, als daß Verkäufer höhere Preise verlangen können.

Nun müssen wir zum Thema Inflation noch einen kleinen Exkurs machen. Sie gilt als gefährliche Konsequenz allzu großer Staatsschulden und soll vermieden werden. Unter den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen des "magischen Vierecks" wird das Ziel des "inflationstfreien Wachstums" immer wieder hervorgehoben. Angeblich verfolgt die Regierung seit 1945 das Ziel "keine Inflation". Das aber wäre, ernstgenommen, eine der erfolglosesten politischen Unternehmen – die Verantwortlichen müßten allesamt verzweifeln. Die Inflation ist "säkular", wie WissenschaftlerInnen sagen: ein Jahrhundert lang. So sehr müssen die PolitikerInnen die Inflation, die sie stets im Munde führen, offenbar nicht fürchten.

Deswegen stellt sich die Frage: Wen oder was schädigt die Inflation überhaupt? Ich habe implizit die Antwort schon gegeben: Leute, die eine Ware zu verkaufen haben, schädigt sie nicht; die können ja teurer verkaufen und mehr Geld verdienen als vorher. Je nachdem ist Inflation manchmal sogar ein richtiges Geschäftsmittel: Wenn ein Unternehmen bei steigender Inflation gerade viel Vorprodukte auf Lager hat, ist das günstig, weil die billig eingekaufte Ware teurer wird, ohne daß es dafür irgendetwas tun muß. Wenn das Unternehmen nach dem Inflationsschub wieder Material und Rohstoffe kaufen muß, sinkt die Gewinnspanne wieder auf das normale Niveau.

Am Geldwertverfall leiden dagegen alle die, die fixe Einkommen beziehen und nicht Waren verkaufen, deren Preis kurzfristig an die erzielbaren Preise anpaßt werden können. Festgelegte Einkommen sind der tarifvertragliche Lohn, die Rente, das BAFöG; sie alle sind über lange Fristen festgelegt. Wenn die entwertet werden, sind ihre BezieherInnen ärmer. Diese Verbilligung des Volkes ist ein gar nicht gefürchteter, sondern nationalökonomisch erfreulicher Effekt der Inflation: Im Laufe des Jahres werden die ArbeiterInnen für die UnternehmerInnen billiger, bis dann wieder eine neue Tarifregelung ansteht. Dafür werden gegenwärtig oft mehrjährige Fristen ausgemacht, und der Inflation ausgleich, mit dem wenigstens nach der Geldseite des Lohnes der alte Zustand wiederhergestellt wäre, ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Auch den Staat schädigt die von ihm verursachte Geldentwertung zunächst nicht: Das Steueraufkommen wächst nominell, bleibt real also gleich; bei der Einkommensteuer wächst es sogar dank der Tarifprogression.

Deswegen dürfen die Sorgen der Staaten über die Konsequenz ihrer Finanzierungstechnik per Staatsschuld nicht besonders ernst genommen werden. Erst einmal haben sie kein Problem mit der Inflation. Und wenn doch, dann geht es um ihren *Grad*; da kann es heikel werden. Es gilt, den Übergang von der normalen zur galoppierenden Inflation zu vermeiden. Wenn auf das Geld gar kein Verlaß mehr ist, geht nämlich *keine* Geschäftsrechnung mehr auf; dann unterbleiben wegen der Unbrauchbarkeit des Geldes Geschäfte, und es kommt zur Flucht aus dem Geld in die "Sachwerte".

## Die Konkurrenz der Nationen um ihren Kredit

Mehr als daß sie selbst ein Problem wäre, dient die Inflation als Indikator für dasjenige, das eine Nation mit dem Wertverlust ihres Geldes wirklich hat: seine Brauchbarkeit gegenüber dem Ausland. Alles Geld, das der Staat "schöpft", ist Kredit – gleichgültig, ob die Bundesbank die Geldversorgung der Gesellschaft vornimmt oder ob der Finanzminister ausdrücklich Staatsschuldenscheine auflegt. Das moderne Geld besteht aus Forderungen gegen die Bundesbank oder die Bundesregierung; Schuldscheine oder Zahlungsverprechen verrichten die Funktionen des Geldes. Wenn diese Zettel im Inland inflationiert werden, schädigt dies die einen oder anderen GeldbesitzerInnen, Lohn- und RenteneempfängerInnen, tut aber den Funktionen des Geldes für die Wirtschaft keinen Abbruch. In ihrem Herrschaftsbereich ist die staatliche Hoheit nämlich mächtig genug, jedem Bürger das Akzeptieren ihrer Geldzettel abzuverlangen. Sie sind "gesetzliches Zahlungsmittel der Bundesrepublik Deutschland". Niemand darf die Annahme des staatlichen Geldes verweigern und an Stelle des wertlosen Papiers als Gegenwert für seine Ware womöglich wirklich Werthaltiges – z. B. Gold – verlangen. Alle dürfen den Preis frei festsetzen, aber das Mittel des Preisausdrucks, das nationale Papiergeld muß akzeptiert werden – ob es sich nun entwertet oder nicht.

Im Verhältnis zum Ausland ist das nicht so. Wo die Macht des Staates nicht mehr hinreicht, findet die Bewertung der Brauchbarkeit des Geldes rein ökonomisch statt. Im internationalen Austausch, wo keine Hoheit den Wertersatz verordnet, muß wirklicher Gegenwert für Warenlieferungen auf den Tisch; früher war das Gold; heute werden die nationalen Währungen nach der Wertgarantie, die sie bieten können, verglichen und bewertet. Und ihre internationale Kaufkraft entscheidet sich daran.

Insofern kommt die wirkliche Schranke für die staatliche Schuldenmacherei von ihrer schädlichen Wirkung auf die internationale Brauchbarkeit des nationalen Geldes. Und kein Staat ist so bescheiden, seine Geldzettel, die er nur per Hoheit "schöpft", auch bloß in dem beschränkten Raum wirken zu lassen, über den sich seine Hoheit erstreckt. So hat es nur die DDR mit ihrem Geld gehalten: "Uns reicht es, daß unser Geld im Inneren als Zirkulationsmittel funktioniert, hier wird es gegeben und genommen; das kapitalistische Ausland darf es ruhig ablehnen und verachten, wir wollen dessen Abkauf unserer Versorgungsgüter auch gar nicht. Unser Geld soll gegen andere Währung nicht konvertierbar sein." Kapitalistische Staaten wollen ihren BürgerInnen mit dem nationalen Geld Zugang zum Weltmarkt verschaffen und Zugriff auf den Reichtum, den es anderswo gibt.

Jeder Staat – das ist ein hohes Ideal und ein schöner Wahnsinn unserer Gesellschaftsform – hat das Ziel, daß seine Schulden unbezweifelt weltweit als Geld gelten sollen. Dann könnte er seine Schulden vermehren und sie als gutes Geld in die Welt hinausschicken. Das ist echte ökonomische Souveränität, nämlich die Fähigkeit, Geld nicht nur im nationalen Rahmen, sondern weltweit gültig *politisch* schöpfen und vermehren zu können und damit die nationale Zahlungsfähigkeit auszuweiten, ohne daß die Ökonomie die wachsenden Erträge überhaupt verdient hat. Die Rede ist von einer ungewöhnlichen *Sondermacht* einer Nation, ihre Gewalt unmittelbar in Reichtum zu übersetzen. Denn Macht und Reichtum sind zunächst einmal nicht dasselbe: Eine Nation kann militärisch überlegen sein, sie kann auch andere ausrauben, wenn sie will, aber sie kann nicht einfach Zettel in Umlauf schicken und sagen: Wer die hat, verfügt über Reichtum.

Dieses Ideal kann wahr werden – aber es kann unmöglich wahr werden für alle Nationen. Heute gibt es weltweit nur noch drei nationale Gelder, die überall als Geld gelten und Zugriff auf Reichtum garantieren: den US-Dollar, den japanischen Yen und die D-Mark. Alle anderen Währungen sind entweder Unterabteilungen dieser drei oder sie sind im internationalen Geschäftsverkehr unbrauchbar geworden. Daß formell alle Währungen heute konvertibel sind, d. h. daß die Staaten den freien Austausch ihres heimischen gegen fremdes Geld erlauben, heißt nämlich überhaupt nicht, daß auch Interesse an den vielen Währungen besteht, die alle gerne Zugriff auf auswärtigen Reichtum ausüben würden. Wenn kein Interesse besteht, oder das früher vorhandene Vertrauen in die Staatszettel eines Landes schwindet, dann stützen solche Währungen ab, wie es jüngst dem russischen Rubel und dem mexikanischen Peso widerfahren ist.

Das erste nationale Geld, das zugleich Weltgeld war, gehört den USA, die dank ihres Sieges im zweiten Weltkrieg die Macht hatten, eine neue, auf sich zugeschnittene Weltwirtschaftsordnung aufzuziehen. Sie sind aus diesem Krieg nicht wie Großbritannien nur als Sieger, sondern als kapitalistisch unbeschädigte Macht hervorgegangen und haben sich durch den Krieg – von den Verbündeten als Bezahlung für die Waffenlieferungen – den Goldschatz der kapitalistischen Welt angeeignet. Sie haben ihrem und nur ihrem Geld einen Goldstandard gegeben, d. h. ihre Dollars zu einem fixen Kurs gegen Gold ausgetauscht und damit ihr Geld der Welt als goldgleichen Goldersatz angeboten. Dadurch wurde der Dollar zur allgemeinen Weltwährung, die ganze "freie Welt" wurde dem Dollar als Anlagesphäre erschlossen und allen anderen Ländern der Auftrag erteilt: "Verdient Dollar!" Dollar war die Reservewährung und *die* Materie des Reichtums schlechthin. Dadurch ist Gold verdrängt worden aus dem zwischennationalen Abrechnen.

Die USA haben von ihrer Sonderstellung durch die unbegrenzte Freiheit zur Verschuldung reichlich Gebrauch gemacht und ihre nicht wenigen Kriege seit 1945 durch Dollarvermehrung finanziert. Im vierzigjährigen Kalten Krieg und für diesen haben sie sich Partnernationen gezüchtet, die auch potent sein und zur Abschreckung der Russen, zur Beschädigung und Einschnürung des sozialistischen Lagers beitragen sollten. Dafür haben die USA aber auch mit ansehen müssen, daß ihnen zwei Konkurrenten heranwachsen, Deutschland und Japan. Diese beiden verfügen über Währungen, die auch die Qualität haben: daß sie genommen und aufgehoben werden können wie einen Goldschatz. Die europäischen Währungen, die französische, britische und italienische, waren auch lange Zeit gutes Geld; aber sie waren es durch das EWS, durch Anbindung an die deutsche Ankerwährung. Und jetzt erlebt mensch in Europa, was passiert, wenn Nationen die Ergänzung ihrer Konkurrenz durch eine gemeinsame Garantie für ihre Währungen aufgeben: Deutschland hat sich aus dieser Garantie zurückgezogen und hat das EWS kaputtgehen lassen. Die Härte der D-Mark wurde national verteidigt, indem sie von den weniger zuverlässigen europäischen Geldern getrennt wurde; und jetzt verliert die italienische Währung ihre Kreditwürdigkeit, und damit ist für Italien der Fall eingetreten, daß seine Staatsführung nicht mehr Schulden machen und als Geld zirkulieren lassen kann. Natürlich können sie – bisher – weiter Schulden machen, aber sie entwerten ihr Geld in dem Maß, wie sie es politisch vermehren. In der Konsequenz müssen Italien, Spanien, Großbritannien, wenn sie doch neue Schulden machen – und sei es nur zur Bedienung der alten; in Deutschland macht allein dieser Posten jährlich 100 Mrd. DM; in Italien 120 Mrd. DM aus –, diese in Fremdwährung aufnehmen; in der eigenen kriegen sie die Papiere nicht mehr oder nur noch zu stark überhöhten Zinsen los. Da merkt mensch, was eine Nation, die sich in eigener Währung verschulden kann, für eine Reichtumsquelle hat. Sie übernimmt mit den Schulden die Pflicht zur Bedienung und Zurückzahlung. Aber sie bezahlt in dem Medium, das sie selber herstellt. Sie kann immer bezahlen.

Wer sich in fremder Währung verschulden muß, ibernimmt andere Pflichten: Sie müssen Zins und Tilgung in einer Währung leisten, die sie nicht herstellen können. Die müssen sie verdient haben durch Exporterfolge, durch die das Geld anderer Nationen hereinkommt, damit sie es dann wieder an die KreditgeberInnen verpfänden können. Das gilt nun schon von Währungen europäischer Staaten, die zu den G7 gehören; von den Währungen des ganzen Rests der Staatenwelt in Afrika, Lateinamerika und Asien reden wir gar nicht. Sie taugen für internationale tätige Geschaftleute und auch die Reichen untern den Einheimischen sowieso nichts. Zwar kaufen und zahlen diese im Inland damit, sobald als möglich aber wechseln sie das heimische Geld in den ‘‘sicheren Hafen’’ einer der drei Weltwahrungen, um ihren Geldreichtum gegen die Entwertung der heimischen Valuta zu retten; die Heimatstaaten nennen das Kapitalflucht. Diese Hinweise mögen genügen, um deutlich zu machen, am Kredit, den Währungen jenseits der Landesgrenzen genießen, unterscheiden sich die Staaten in Sieger und Herren des Weltmarkts, der ihnen dann nach Belieben zu Gebote steht, und in Verlierernationen, die seinen Prinzipien dienen müssen, ohne damit je auf einen grünen Zweig zu kommen.

Wie sich Staaten diesen Erfolg und damit die Freiheit verdienen, ihre Schulden als Geld wirken zu lassen, zeigt das Beispiel der beiden Aufsteiger der Nachkriegskonkurrenz: Deutschland und Japan.

Zuerst schafft ein Staat Vertrauen in die eigene Währung dadurch, daß er selbst für ihren jederzeitigen Austausch in fremde Devisen garantiert. Der Staat erlaubt den internationalen GeldbesitzerInnen Zuverlässigkeit und Geschäft Gelegenheiten, die die eigene Währung bietet, dauernd mit alternativer Anlage anderswo zu vergleichen – und garantiert den Übergang von der eigenen Währung in fremde. Für diese Garantie braucht ein Staat einen Schatz; der besteht nicht mehr hauptsächlich aus Gold, sondern aus Devisen anderer Staaten. Für eine gegebene Austauschrelation der D-Mark gegen andere Währung kann die Bundesbank solange eintreten, solange sie Devisenreserven hat. Sie verteidigt das Vertrauen in ihre Währung, indem sie Devisen herausruckt. Mit dem Effekt, daß, wenn das Vertrauen ramponiert ist, der Schatz schnell abgeflossen ist. Das hat mensch erlebt bei der EWS-Krise vor einem Jahr: da haben Italien und Großbritannien ihren Staatsschatz praktisch geplündert.

Zweitens: Wie sorgt ein Staat für den Zufluß von Fremdwährung, die seinen Schatz bildet? Ausländer müssen einen Bedarf nach der eigenen Währung haben, dann nämlich tauschen sie ihre fremde gegen die nationale. Der Bedarf nach der eigenen Währung entsteht zuerst durch Kauf. Wenn ein Land Ware hervorbringt, die nach Qualität und Preis auf dem Weltmarkt attraktiv ist, dann stellt sich Nachfrage nach der eigenen Währung und Zufluß fremden Geldes ein. Die Exportnation BRD, die fast 50 Jahre lang immer mehr exportiert als importiert hat, hat damit ihrem Geld eine solide Basis in der Weltwirtschaft verschafft. Davon, was so ein dauerhaft einseitiger Export an anderer Stelle in der Welt anrichtet, wollen wir gar nicht groß reden; aber so viel ist klar: wenn eine Nation immer mehr verkauft als andere, wenn sie dadurch deren innere Märkte zunehmend beherrscht und deren Geld bei sich sammelt, dann müssen die anderen Nationen erstens immer mehr Produktion und zweitens die Zahlungsfähigkeit verlieren, mit der sie deutsche Ware gekauft haben. Der deutsche Erfolg heißt eben auch: Export von Arbeitslosigkeit.

Wenn die internationale Nachfrage nach der nationalen Währung groß genug ist, dann ist das Vertrauen in diese Währung stabil, gleichgültig, wieviel Staatsschuld dieses Land hat. Auswärtige Nachfrage nach der Währung kompensiert innere Verschuldung. Ein Staat, der dieses Vertrauen stiften kann, kriegt immer mehr davon. Die Währung wird Reservewährung. Andere Länder kaufen sie, um damit gar nicht zu kaufen, sondern bloß, um sie als Staatsschatz zur eigenen Sicherheit vorrätig zu halten. Diese Währung ist dann Wertgarantie bei anderen. Das Herkunftsland kann sein Geld in die Landschaft hinausschicken, und es kommt nie mehr zurück; keine Instanz will dafür Ware sehen. Dollar, Yen und D-Mark sind die Gelder, mit deren Besitz jede Nationalbank zahlungsfähig ist.

Weil andere Nationen das deutsche Geld als sichere Wertaufbewahrungsform halten und damit selbst wiederum ‘‘garantieren’’, setzen sich in und für Deutschland auf die unteren Abteilungen des Geschäfts – auf Im- und Export – die ganzen höheren Etagen des Kapitalismus, alle Abteilungen des Finanzgeschäfts obendrauf. Wertpapieremissionen, Aktien- und sonstige Börsen- und Bankgeschäft schaffen Gewinn und Steuern in Deutschland ganz ohne Produktion und vielfältigen noch einmal die internationale Nachfrage nach der deutschen Devisen. Dadurch verfügt diese Nation über eine Fähigkeit, Schulden aufzulegen, die schon überraschen kann: Sie schluckt einen ganzen anderen Industriestaat und mobelt ihn mit einer regelrechten Explosion von Staatsschulden in fünf Jahren kapitalistisch auf – und dieses unsolide Wachstum auf Pump ruiniert die Währung *nicht*.

Inzwischen ist die Zukunft der nationalen Finanz-, d. h. Verschuldungsfreiheit nicht mehr selbstverständlich. Nachdem in den letzten Jahren nach den Maastrichter Beschlüssen die einzelnen europäischen Währungen schon aus der Sicherheit der gemeinsamen Stützung des Europäischen Währungssystems entlassen und einzeln auf den Prüfstand der internationalen AnlegerInnen gestellt wurden – und an diesem Maßstab versagten, belegen nun die sogenannten Wahrungsturbulenzen zwischen den Großen Drei, daß es auch den Herausgebern dieser Gelder nicht mehr gelingt, eine zuverlässige Wertgarantie für ihre Zettel abzugeben und sich damit das Vertrauen der internationalen SpekulantInnen zu sichern. Auch wenn die deutsche Mark vorerst als ‘‘Sicherer Hafen’’ für Gelder gilt, die aus dem Dollar abgezogen werden, und insofern zusammen mit dem japanischen Yen Sieger in der

Konkurrenz um den Kredit der Weltwirtschaftsmächte geworden ist, so zeigt die Entwicklung, die als Bedrohung für die Weltwirtschaft gilt, daß die Nationalkredite jetzt in einem feindlichen, ausschließenden Verhältnis zueinander stehen – und das ist auch kein Wunder, schließlich ist die Härte der einen Währung nur das Spiegelbild der Weichwährung, die ihr gegenübersteht. Es können nicht nur nicht alle, es können letzten Endes nicht einmal einige Währungen nebeneinander das absolut anerkannte Geld der Weltwirtschaft sein. Diesem Kampf stellt sich die deutsche Wirtschaftspolitik jetzt.

## Das Ende einer ungewöhnlichen Prosperitätsphase des Kapitalismus

Es ist nichts Normales in diesem System, daß zwischen Staaten, die doch alle nur Handel treiben, um sich gegeneinander zu bereichern, alles über Kredit läuft; d. h. daß in letzter Instanz die Saldierung der Außenhandelsbilanzen in Gold, die Reichtumsübertragung in echtem Wert unterbleibt. Die USA waren nach dem 2. Weltkrieg furchtbar stolz darauf, daß sie damit den Wirtschaftsnationalismus, den Grund der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre und damit des Weltkriegs überwunden haben. Freilich kommt diese, dem System gar nicht eigene "Vernunft" nur aus einer Sonderlage heraus zustande; einer Sonderlage, in der das Interesse an einem Funktionieren der Weltwirtschaft mit dem nationalen Interesse eines, des mächtigsten Landes zusammenfällt. Die USA waren die einzige Nation, die noch Geld und eine intakte Ökonomie hatte; sie öffneten die Welt ihrem Geld, indem sie es in Form von Kredit den niedergeworfenen Feinden und ausgebluteten Freunden zur Verfügung stellten. Solange der Dollar das einzige weltweit anerkannte internationale Geld war, funktionierte zwischen allen Marktwirtschaftsmächten ein System fester Wechselkurse. Als die USA am Anfang der 70er Jahre zugeben mußten, daß auch ihr Geld nur *eine* Währung von schwankendem Wert ist und ihre Goldparität aufgeben mußten, war das System wechselseitiger Kreditierung von Währungen eingeführt – und es hatte seine stärkste Stütze in der gemeinsamen Front aller kapitalistischen Staaten gegen den sowjetischen Block im Kalten Krieg. Die Verbündeten mußten zusammenhalten, weil jeder einzelne Partner allein der Sowjetunion gegenüber zu Kompromissen genötigt gewesen wäre, und sie hatten alle ein Interesse daran, daß auch ihre NATO-Partner potente Nationalökonomien aufbauten. Dafür behielten sie das System der Kreditierung bei, nach dem die Bilanzen nie wirklich durch Reichtumstransfer ausgeglichen wurden, sondern die Zahlungsunfähigkeit des einen Landes kreditiert wurde, d. h. als Guthaben beim Gläubigerland angeschrieben wurde. Die fehlenden Summen wurden als Kapitalanlage betrachtet, sie mußten nie bezahlt, sondern nur verzinst werden. Nur unter einer solchen Ausnahmebedingung entsteht der idyllische Zustand, daß zwischen Staaten trotz sehr einseitiger Erfolge im Außenhandel nie endgültig bilanziert wird, also daß nie ein Staat wirklich Bankrott anmelden muß und mitsamt seinem Markt und seinen Geschäftsgelegenheiten aus der Weltwirtschaft herausfällt.

So wurde der Fortgang der Geschäfte stets mit Kredit ermöglicht – zwischen den OECD-Staaten, aber auch in ihrem Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt, die als Rohstofflieferanten trotz chronischer Defizite erhalten blieben. Aus Mißerfolgen in der Konkurrenz sollte kein mögliches neues Geschäft unterbleiben; wo immer auf der weiten Welt eine Gewinnchance winkte, sollte es nicht an Geld mangeln, sie wahrzunehmen. Vier Jahrzehnte lang wurde das Geld, das zukünftige Geschäfte verdienen sollten, kreditmäßig vorweggenommen, um genau diese Geschäfte zu ermöglichen. Gelingen sie, kann der Kredit ja bedient und getilgt werden; weil er aber oft genug den schon eingetretenen außenwirtschaftlichen Mißerfolg von Staaten finanzierte und weil er ein politischer Kredit war, den Privatbanken nicht gegeben hätten, hat die stetige Vermehrung des Kredits eben doch nicht nur Geschäfte angeleiert und schon gleich nicht in dem Maße, wie der Kredit angeschwollen ist, sondern eine gigantische internationale Schuldenakkumulation ins Werk gesetzt. Daß es immer genug Geld für mögliche Geschäfte und Geschäftsausweitungen gegeben hat, war die Bedingung für Prosperität des Kapitalismus nach dem 2. Weltkrieg, über die sich nicht nur VertreterInnen des Ostblock-Sozialismus bis in ihr Grab gewundert haben. Bis 1989 haben die sozialistischen Parteien Jahr um Jahr auf die "große Krise des Kapitalismus" gewartet. In ihren Lehrbüchern stand doch, daß es Krisen geben muß; und mehr als konjunkturelle Auf- und Abs sind nicht zustande gekommen. Sie haben nicht kapiert, daß sie selbst und die Kalte-Kriegs-Front gegen sie der Grund dieser ungewöhnlichen Kooperation zwischen kapitalistischen Nationen gewesen sind. Weil die Herbeischaffung aller Mittel des Geschäfts durch die Vorwegnahme mit Kredit in allen Staaten passiert ist, ohne daß die Strafe nachgefolgt wäre – der Offenbarungseid nämlich, daß es den wachsenden Reichtum, auf den Kredite gegeben und Zinsen kassiert werden, im erforderlichen Maß nicht gibt. Sogar in der Weltschuldenkrise, als Anfang der 80er Jahre, als Mexiko und andere lateinamerikanische Länder zahlungsunfähig wurden, hat eine internationale Zusammenarbeit verhindert, daß die Kredite offiziell platzen und die Gläubignationen in ihren Büchern Guthaben streichen mußten.

Die ungewöhnliche Prosperitätsphase der Weltwirtschaft hat also eine Bedingung und einen Preis: Die Bedingung – die gemeinsame Feindschaft der kapitalistischen Mächte gegen das sozialistische Lager – ist entfallen; und der Preis eine immer weitergehende internationale Akkumulation von Schulden, die alle zukünftiges Wachstum



repräsentieren, das aber nicht im nötigen Ausmaß eingetreten ist. Schulden, die nie mehr zurückgezahlt und immer weniger noch verzinst werden können.

Die Gefährdung des Kredits in allen Ländern bestimmt die politische Tagesordnung – und während früher gemeinsame Aktionen zur erneuten und erweiterten Kreditierung einbrechender Währungen angesagt waren, versuchen die großen Weltwirtschaftsmächte nun *ihre Währung und ihr nationales Kreditsystem* gegen die anderen vor Pleiten und Vertrauensverlust zu retten. Vor etwa 10 Jahren ging es bei dem New-York-Plaza-Abkommen, später beim Louvre-Abkommen darum, unberechenbare Währungsentwicklungen des Dollar zu dämpfen; heute fällt der Dollar seit einem halben Jahr um 20%, der deutsche Wirtschaftsminister Rexrodt hält gemeinsame Maßnahmen für ebenso wirkungslos wie unnötig: “Unser Handelsvolumen mit Amerika macht ohnehin nur zehn Prozent unseres Außenhandels aus.” Es wird Desinteresse an der gemeinsamen Pflege der Währungen gezeigt. Aber die Gefahrenlage, die merken alle. Die Volatilität der Währungskurse ist Dauerthema. Aber daraus wird heute ein anderer Schluß gezogen: “Die deutsche Politik muß mit *deutschen* Mitteln dafür sorgen, daß *deutsches* Geld von keinem in Zweifel gezogen werden kann.” Die deutschen Mittel, von denen da die Rede ist, ist das, was Standortpolitik heißt.

## Die Verteidigung des deutschen Standorts

Es geht nicht mehr wie zu Zeiten der bescheidenen Exportnation darum, das Geld anderer Nationen zu verdienen, um Devisenreserven aufzubauen, sondern darum, der Weltgeltung des deutschen Kreditüberbaus einen Unterbau zu verschaffen, der ihn gegen die Zweifel absichert, die auch gegen die aufgeblähte deutsche Schuldenwirtschaft angebracht sind. Standortpolitik zielt auf die Renationalisierung von Erträgen in einer längst global gewordenen Wirtschaft. Deutsche Unternehmen haben doch längst nicht nur deutsche Arbeit und deutsche Kaufkraft als ihr Geschäftsmittel, sondern die ganze Welt. Nachfrage nach der deutschen Mark – und um die geht es in der Konkurrenz der Nationalkredite – wird nicht nur durch deutsche Exportprodukte geschaffen, sondern auch durch deutsche Banken, die in jedes Eck der Welt Kredit vergeben. Die Zinsen, die darauf gezahlt werden, sind Einkünfte deutscher Institute und werden in Deutschland als Gewinne verbucht. Es geht also um die Konzentration von Weltgeschäft in der deutschen Mark – nicht unbedingt in Deutschland; die Gewinngarantie, die deutsches Geld darstellen will und muß, soll mit politischen Mitteln bekräftigt und erneuert werden.

Eine Politik, die DM-Anlage mit aller Gewalt lohnend machen will, hat nichts zu tun mit “Sparen”. Um den Standort Deutschland fest zu machen, wird massig Kredit in die Landschaft gesetzt. “Sparen” heißt nicht, weniger Geld auszugeben, sondern die Prioritäten des Staatshaushaltes neu zu bestimmen: Konsumtive Ausgaben werden gestrichen, investive gefördert. Um aus der Telekom und der Bundesbahn neue deutsche Multis zu schmieden, wendet die Regierung viele Milliarden auf. Die neuen “global players” bekommen eine Investitionskraft überschrieben, wie sonst nur noch sieben oder acht andere, amerikanische und japanische Firmen in diesem Zukunftsmärkten. Der Bundeskanzler selbst macht sich zum Verkäufer im Ausland, wenn es um den ICE geht oder eine U-Bahn für Shanghai. Um die Gentechnologie in Deutschland voranzubringen, werden alle früheren Ängste vor der Vergiftung des Volkes hintenan gestellt: “Der Standort Deutschland braucht das.” Standortpolitik sortiert das einheimische Wirtschaftsleben neu und läßt an ihm nur noch gelten, was die deutsche Stellung am Weltmarkt fördert. Das klingt für Deutsche dermaßen normal, daß sie gar nicht mehr wissen, daß es ein paar andere Felder ja auch noch gibt: Wenn Getreide angebaut wird, das dann aufgegessen wird; wenn Kohle aus der Erde geholt wird, die dann in den Wirtschaftskreislauf eingeht, sind das auch Geschäfte – und es brauchen keine Devisen für den Import dieser Güter ausgegeben werden. Jetzt sagt die Regierung zu den Bergleuten: “Wenn irgendwo in der Welt Kohle billiger als von euch zu beschaffen ist, dann brauchen wir die deutsche Arbeit nicht mehr.” Internationale Kaufkraft hat Deutschland jederzeit. Aber innere Subventionen bloß dafür, daß im Land Leben stattfindet, daß Leute arbeiten und sich davon ernähren, schmälern den Profit, der mit deutschem Geld zu machen ist. Das soll sich jetzt nicht mehr geleistet werden. Dagegen wird massig Staatsknete aufgewendet, um in Deutschland Produkte herzustellen, die andere Nationen sowieso nicht zustande bringen, die aber alle anderen brauchen, wenn sie konkurrenzfähig sein wollen. Deutschland will die Rationalisierungsmittel der ganzen Welt produzieren. Das schafft eine Nachfrage nach der eigenen Ware, die gewissermaßen außer Konkurrenz läuft.

“Standort Deutschland” heißt nicht, daß es zurück zur Exportnation gehen soll, die möglichst viel Ware herstellt und nach außen verkauft. Standortpolitik ist vielmehr eine Sichtung des inneren Wirtschaftslebens nach der Weltmarkttauglichkeit. Und dieses Kriterium bedeutet für manche Gewerbe und viele Beschäftigte das Aus.

Das Lehrbeispiel von all dem ist die Behandlung der alten DDR durch Bonn. Da war eine vollständige Industrienation mit kapitalistisch nicht rentablen, aber funktionsfähigen Produktionsanlagen vorhanden, die jetzt mehr oder weniger restlos brachgelegt wird. Und was wächst an ihrer Stelle? Eine Chipfabrik von Siemens in Dresden, eine vollautomatische Autofertigung von Opel in Eisenach und eine von VW in Mosel und Lothar Späth

darf in Jena eine Produktlinie "Optoelektronik" aufziehen, die es nirgendwo sonst auf der Welt gibt. Und der ganze große Rest der Zone ist nutzlos, Menschenmaterial inklusive. An der Behandlung der DDR kann mensch wie im Vergrößerungsglas den wirtschaftspolitischen Standpunkt begutachten, den die Regierung nach und nach auf ganz Deutschland anwendet.

Die Nation verteidigt ihre oberste Reichtumsquelle, ihren Kredit. Längst hat sie die "Armut" der Exportnation überwunden, in der es hieß: "Deutschland ist ein rohstoffarmes Land; während die Saudis Öl haben, haben wir nichts außer unseren arbeitsamen Bürgersleut und ihren Qualifikationen." Das war natürlich damals schon ein Witz. Welche ist denn nun die potentere Nation, Saudi-Arabien oder Deutschland?. Soviel Werttheorie kann jeder Minister und jede Ministerin, daß es die produktive Arbeit ist, die eine Nation reich macht. Damals aber war die einheimische Arbeit die *einzig* Quelle des deutschen Reichtums, deshalb wurde sie gepflegt. Heute ist das überwunden; das weltweite Finanzwesen, von dem Deutschland und die D-Mark einen großen Anteil besetzt, wird die Arbeit und der Reichtum aller anderen Nationen zum Mittel deutscher Gewinne. Die Produktion im Inland ist nur noch *eine* Quelle neben anderen.

Diese Lage erlebt die Menschheit, die auf die Nachfrage nach ihrer Arbeit angewiesen ist, sehr negativ. Die berühmten IndustriearbeiterInnen blicken auf die Zeit der armen Exportnation als das goldene Zeitalter der gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen zurück. Damals haben sie noch was gegolten, da konnten sie Löhne durchsetzen. Heute hat das Land vier Millionen Menschen, die nicht gebraucht werden; knapp zehn Prozent Arbeitslose. Daß die Nation andere Reichtumsquellen hat, bewirkt, daß für die heimische nicht wie bisher gesorgt wird. Alle Sozialstaatsfunktionen, Rente, Krankenwesen, Arbeitslosenwesen, werden aus dem Lohn bezahlt, den die Wirtschaft für die beschäftigten LohnarbeiterInnen ausgibt. Wenn weniger von diesen Leuten beschäftigt werden und Beiträge bezahlen, gehen die Einkünfte der Sozialkassen zurück und sie funktionieren nicht mehr. Die Arbeitslosenkasse ist eine wunderbare Einrichtung, solange es kaum Arbeitslose gibt. Wenn sie zunehmen, bricht ihr System zusammen – und der Staat müßte aus anderen Quellen den Haushalt der Nürnberger Anstalt bestreiten. Aber das tut er nicht, weil ja nicht mehr so viele Leute gebraucht werden. Die Nation braucht sich um den Pauperismus, den das System produziert, auch nicht mehr so sehr zu kümmern. Mit der Renten- und der Krankenkasse ist es dasselbe. Wir erleben im Moment lauter Reformen dieser Institutionen, die ihren Zusammenbruch dadurch verhindern, daß das abbaut wird, wofür sie da sind.

Die Kürzungen der Universitäts- und Bildungsetats fügen sich in das Prinzip, daß am deutschen Standort alle Leistungen billiger werden müssen, damit sich das Geld mehr lohnt.

Die verschiedene Bewertung, die Abteilungen der Wirtschaft und die Lebensbedingungen des Volkes unter dem aktuellen Staatsprogramm erfahren, hat nichts damit zu tun, daß jetzt auf einmal die Kranken-, Renten-Arbeitslosenversicherung, die Arbeitszeiten und -bedingungen, die Bildung und die Universitäten "den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals angepaßt" würden. Bei derlei populären Anklagen, die die Unterwerfung irgendwelcher Lebensbereiche unter die Interessen der Wirtschaft stets ganz aktuell entdecken, fragt sich: Wie mag es gestern – vor der allerletzten Reform – gewesen sein? Die Diagnose, die einer Verschlechterung nachsagt, durch sie würde die Gesellschaft den Bedürfnissen des Kapitals unterworfen, macht dem Gestern ein Kompliment: Vorher war es noch nicht ganz so profitorientiert! Bei den gegenwärtigen Reformen geht es aber nicht um ein mehr oder weniger an Kapitalismus, sondern um andere wirtschaftspolitische Ziele des kapitalistischen Staates: Heute geht es darum, daß alle deutschen Leistungen billiger erbracht werden müssen, um deutsches Geschäft für internationales Kapital unschlagbar attraktiv und das deutsche Geld in den gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Turbulenzen hart zu machen.

Früher hatte die aufsteigende Exportnation einen Entwicklungsstandpunkt gegenüber ihren Potenzen eingenommen: Die deutsche Arbeitskraft, die Qualifikationen der Beschäftigten sollten gefördert werden – heute geht es um die Verbilligung der überreichlich vorhandenen menschlichen Reichtumsquellen. Mitte der 60er Jahre wurde sogar einmal eine Bildungskatastrophe diagnostiziert. Der dramatische Alarmruf war ein Vergleich. Amerika war die modernste Nation der Welt, dort wurde das meiste Geld verdient und dort waren zwanzig Prozent eines Jahrgangs College-AbsolventInnen. In Deutschland dagegen waren nicht einmal 10% AkademikerInnen geworden. Also, da waren sich die PolitikerInnen sicher, gab es in Deutschland zu wenig hochqualifizierte Arbeitskräfte, um die Nation so produktiv zu machen, wie die USA es waren.

Heute hat die Nation vier Millionen Arbeitslose. *Sie* hat gar nicht das Problem, daß *sie* qualifizierte Leute bräuchte. Das Problem hat sich verlagert. Die Leute haben das Problem, ob sie für die knappen Jobs attraktiv sind und den Unternehmen, die auf allen Qualifikationsniveaus aus einem großen Überangebot auswählen können, genug zu bieten haben. Das kriegt jetzt auch die Uni zu spüren. Die FAZ vom 13.12.94. schreibt:

*"Schlechte Beschäftigungsaussichten der Absolventen des Bildungssystems. Im Jahr 2010 dürften 600.000–900.000 Hochschulabsolventen zuviel sein ... In jedem Fall werden sich Hochschulabsolventen mit geringeren Status- und Einkommenschancen zufrieden geben müssen."*

So beweist sich, daß diese Nation mit ihrer Bildungsoffensive aus den 60er Jahren wirklich etwas verändert hat: Sie hat einen bis dahin nicht üblichen Aufstiegswillen losgetreten. Die Selbstverständlichkeit, daß der Sohn eines Schusters wieder Schuster wird, der Sohn eines Industriearbeiters Industriearbeiter und daß der Sohn vom Herrn Doktor aufs Gymnasium geht, diese Selbstverständlichkeit wurde damals aktiv überwunden. Die Nation konnte mehr höherqualifizierte brauchen, sie bot die Chance und diese wurde in einem Maß ergriffen, daß sich heute mit menschlichen Überkapazitäten in allen Berufen und Ausbildungsgängen herumgeschlagen wird. Es gibt zu viele, die Abitur machen, zu viele AkademikerInnen, aber auch zu viele Lehrlinge.

Jetzt stehen die politisch Verantwortlichen auf dem Standpunkt, daß die Leute selbst zusehen sollen, daß sie für den Arbeitsmarkt attraktiv sind. Also kann ohne Verlust an der Uni gespart werden. Dann fehlen eben Bücher, die jemand in der Bibliothek sucht. Dann sind Hörsäle eben übertoll und Examensarbeiten werden ewig nicht korrigiert. Die Leute werden schon selbst hinterher sein, sie wissen, was davon abhängt! Inzwischen werden auch den Arbeitslosen nicht mehr der Umschulungskurs bezahlt, sondern verlangt, sie sollten selbst mit ihrem Arbeitslosengeld in die Entwicklung ihres "human capital" investieren. Das ist das ganze Konzept der Bildungs- und Universitätsreform. Mit politischen Mitteln, also mit Zwang, soll im Land ein von der internationalen Konkurrenzlage gebotenes höheres Niveau von Profitlichkeit hergestellt werden. Unter dem Gesichtspunkt der Monopolisierung von Weltgeschäft in deutscher Währung werden alle Staatsausgaben durchgefördert: Aufwendungen für die wirtschaftliche Brauchbarkeit des Volkes können reduziert werden, weil es für alle Funktionen mehr als genug BewerberInnen gibt.

Die rücksichtslosere Ausnutzung des vorhandenen Aufstiegswillens zielt auf die Verbilligung der Universitäten pro durchgeschleußtem/-r Studenten und Studentin. Die Reform hat nichts zu tun mit einer gezielten Veränderung von Ausbildungsgängen und -formen. So, als ob ein verschultes Studium für die Ausbildungsziele besser wäre als ein unverschultes. Die ganze Reform hat keinen anderen Inhalt als die Kostensenkung und ist damit ein kleiner Mosaikstein im Kampf für Deutschlands Sieg in der Entwertungskonkurrenz der internationalen Staatsschulden. Wenn Opfer gebracht werden müssen, sollte wenigstens gewußt werden wofür! Dann ist auch klar, daß es keinen guten Grund gibt, sie sich gefallen zu lassen.